
Die Mitgliedstaaten können von den Banken auch verlangen, daß die Ergebnisse der Prüfungen, zu denen die Banken verpflichtet sind, schriftlich niedergelegt und den für die Bekämpfung der Geldwäsche zuständigen Behörden zur Verfügung gestellt werden. Weiters sollen die Banken entsprechende interne Kontroll- und Mitteilungsverfahren einführen und für die Schulung ihrer Mitarbeiter sorgen.

4. Informationspflichten


Die Behörden dürfen diese Informationen an sich nur zur Bekämpfung der Geldwäsche benutzen. Bedenkelich ist jedoch die in der Richtlinie für die einzelnen Mitgliedstaaten vorgesehene Möglichkeit, diese Informationen auch für andere Zwecke verwenden zu können. Weider der Kunde noch Dritte dürfen darüber informiert werden, daß die Behörden eingeschaltet wurden oder Ermittlungen angestellt werden.

5. Wirkungsbereich

Da Geldwäsche nicht nur über Banken erfolgen kann, müssen die Mitgliedstaaten die Bestimmungen dieser Richtlinie (ganz oder teilweise) auch auf andere Berufe bzw. Unternehmen ausdehnen, deren Tätigkeit für Zwecke der Geldwäsche besonders genutzt werden kann. Die einzelnen Mitgliedstaaten haben insbesondere festzulegen, wie Verstöße gegen die in dieser Richtlinie festgelegten Vorschriften zu ahnden sind. Damit öffnet sich ein recht weites Spektrum bei der Umsetzung in nationales Recht.

In Österreich wird derzeit an einer Angleichung unserer Vorschriften an die Bestimmungen der EG-Richtlinie gearbeitet. Federführend ist dabei das Justizministerium in Abstimmung mit dem BMF. Das Bank-Archiv wird in Kürze einen Beitrag über die geplanten strafrechtlichen und sonstigen Maßnahmen veröffentlichen.


Zivilrechtliche und strafrechtliche Entscheidungen
Bearbeitet von Univ.-Prof. Dr. Helmut Koziol, Institut für Zivilrecht, Universität Wien

OGH-Entscheidungen

§§ 880a, 914, 1346 ABGB. In der Selbständigkeit des Garantievertrages liegt der Unterschied zur akzessorischen Bürgschaft. Fordert die Interessenlage erkennbar die Sicherung des Begründeten gegen allfällige Einwendungen aus dem Valutaverhältnis, so spricht das selbst bei Verwandlung des Begriffes Bürgschaft für eine Garantie.

OGH 10. 4. 1991 1 Ob 525/91

Aus den Entscheidungsgründen:


Tätigkeit zur Plazierung der Aktien entfaltet habe. Durch das vertragswidrige Verhalten der klagenden Partei sei das Finanzierungskonzept gescheitert, so daß der B. gegen die klagende Partei ein Schadensersatzanspruch in Höhe von Can$ 36.925.000 zustehe. Der Beklagte als deren alleinvertretungsbefugter Präsident rechte mit dieser Gesamtforderung gegen die Klagsforderung auf, so daß diese getilgt sei und der Beklagte hieraus nicht in Anspruch genommen werden könne.


Dem hielt der Beklagte entgegen, die beiden Vereinbarungen vom 24. 5. 1988 bildeten eine rechts- und wirtschaftliche Einheit. Er habe eine vom Grundgeschäft abhängige Haftung übernommen, so daß von einer abstrakten Garantie keine Rede sein könne.

Mit Teil- und Zwischenurteil gab das Erstgericht dem Klagebehoben zwar statt, sprach aber aus, daß die Gegenforderung dem Grunde nach zu Recht bestelle.


Das Berufungsgericht gab dem Klagebegehren mit Endurteil zur Gänze statt und sprach aus, daß die ordentliche Revision zulässig sei.

Die Revision des Beklagten ist nicht berechtigt.

Streitentscheidend ist die Frage, ob die Haftungsersklärung des Beklagten vom 24. 5. 1988 als Bürgschaft, wie vom Erstergericht angenommen, oder — wie vom Gericht zweiter Instanz gedeutet — als Garantie zu beurteilen ist. Der Beklagte hat als alleinvertretungsbefugtes Organ der B. mit deren aus dem Rücktritt der klagenden Partei vom Geschäftsbeursungsvertrag abgeleiteten Schadenersatzforderungen aufgerechnet und hält nun die Schuldigung, die er damit herbeigeführt zu haben behauptet, der auf seine Haftungsersklärung gestützten Klagsforderung entgegen.

Dieser Einwendung könnte sich der Beklagte indessen nur dann erfolgreich bedienen, wenn seine Haftungsersklärung als Bürgschaft anzusehen wäre. Da es schlechthin Zweck der Garantie ist, die Verpflichtung des Garanten vom Grundverhältnis zu lösen, kann dieser auch kei-

Gerade die Anführung der beiden alternativen Erlöschensgründe in der Haftungserklärung des Beklagten bringt deutlich genug zum Ausdruck, daß dessen Haftung aus anderen Gründen nicht sollte aufgehoben werden können. Bei der gegebenen Interessenlage — Gewährung eines Kredits an eine bruchstückhafte Kapitalgesellschaft, der im wesentlichen bloß durch die Haftungserklärung des Beklagten gesichert sein sollte — mußte sich dieser dann aber auch klar sein, daß er sich durch andere Einwendungen, vor allem auch durch Aufrechnung mit Gegenforderungen aus dem Valutaverhältnis, seiner Haftung nicht sollte entledigen können. Wird in der Haftungserklärung positiv umschrieben, welcher Einwendungen sich der Sicherungsgeber überhaupt bedienen darf, so ist sie als nicht akzessorisch zu beurteilen (Koziol, Garantievertrag 13 f.). Verdeutlicht wird, wie das Gericht zweiter Instanz zutreffend erkannte, das Wesen der vom Beklagten übernommenen Haftung als Garantie noch durch folgenden Umstand: Der Beklagte hat diese Haftung gerade dafür übernommen, daß derbeklagten Partei — sofern die Kreditrückzahlung nicht fristgerecht erfolgt sein sollte — dann eine abstrakte, nicht konditionierte Bankgarantie bis zu einem wenige Tage vor der Rückzahlungsfähigkeit liegenden Termin zur Verfügung gestellt sein würde. Auch aus diesem Umstand war für den Beklagten deutlich erkennbar, daß die klagende Partei nur an seiner selbständigen Haftung interessiert war, was im Hinblick auf die ungemein komplizierten Vertragsbeziehungen zwischen der klagenden Partei und der B., deren Sitz in einem zentralamerikanischen Staat und deren — augenscheinliche — Mittelloshaltigkeit auch nur zu verständlich erscheint. Darüber hinaus führte die klagende Partei in der Revisionsbeantwortung zur Darlegung der selbständigen Haftung des Beklagten auch mit Recht ins Treffen, daß die B. lediglich zur Kreditrückzahlung verpflichtet war, der Beklagte aber dafür haften sollte, daß entweder der Kredit zurückgezahlt oder eine Bankgarantie vorgelegt sein werde. Eine solche inhaltlich von der Verpflichtung des Hauptschuldners teilweise abweichende Haftung deutet gleichfalls auf eine nicht akzessorische Garantieerklärung hin.


Soweit der Beklagte erstmals in der Revision geltend macht, das Berufungsgericht hätte die devisenrechtlichen Fragen von Amts wegen prüfen müssen, übersieht er, daß er in erster Instanz nicht behauptet hatte, das Kreditgeschäft zwischen klagender Partei und B. entbehre einer devisenbehördlichen Genehmigung. Im übrigen bedurfen zur fraglichen Zeit Rechtsgeschäfte nach § 14 Abs 2 DevG zwischen Devisenländern (wie den Streitparteien) nur dann einer devisenbehördlichen Genehmigung, wenn sie in effektiver Fremdwährung zu erfüllen waren. Derartiges hat der Beklagte aber in erster Instanz nicht behauptet; im übrigen hat die klagende Partei ohnedies Zahlung in Inlandswährung begehrt.

Anmerkung:

1. Diese überzeugende Entscheidung könnte unkommentiert erscheinen, wenn sie nicht Wilhelm zum Anlaß einer Anmerkung genommen hätte. Wilhelm (ecolex 1991, 531) ordnet einerseits — offenbar auf Seiten des Beklagten bzw seines Anwalts — einen groben Fehler, da der Beklagte mit einem ihm vom Auftraggeber abgetretenen Er satzsanspruch „probemlos“ hätte aufrechnen können. Zum zweiten meint er, der Gläubiger sei immer an einer möglichst weitgehenden (Garantie-)Haftung interessiert, weshalb daraus niemals ein Argument für das Verständ-

BÜCHER FÜR IHREN ERFolg

BÖRSE von A - Z / ANLAGESTRATEGIE 992


BÖRSE von A - Z / LEXIKON

Kombipack (Lexikon u. Anlagestrategie) 05 348.-

In Ihrer Buchhandlung oder direkt beim SIGNUM Verlag, Reisenstr. 40, 1030 Wien, Tel.: 0222/711 95/52 25, Fr. Kreissberger

ÖBA 11/91

2. Natürliche wird eine Rechtsansicht nicht durch die gehäufte Verwendung in bestimmten Tönen eingefärbter Satzzeichen überzeugender. Entscheidend sind nicht nur die aus dem Gesetz begründeten Sachargumente. Mit diesen setzt sich Wilhelm aber in keiner Weise auseinander; auch zitiert er weder eine Literatur- oder Judikatursquelle noch einen Paragraphen.


Wie schon erwähnt, können eingehende Auslegungsbe mühungen auch dann notwendig sein, wenn die Urkunde eine für sich rechtlich eindeutige Bezeichnung trägt; insbesondere wenn die Bezeichnungen häufig nicht exakt verwendet werden. Das ist heute völlig zu Recht nicht mehr streitig (vgl. „Rummel in Rummel“, ABGB § 914 Rz 4, § 880a Rz 5 mit Judikatursbeispielen gerade aus dem vorliegenden Problemberich). Dies ohne Begründung in Zweifel zu ziehen, scheint mir auch für die Praxis wenig hilfreich zu sein.


Univ.-Doz. Dr. Peter Bydlinski, Wien

290.

§§ 28, 30 KO. Die Begünstigungsabsicht schließt nicht zwingend eine Benachteiligungsabsicht in sich. Auch eine kongruente Deckung unterliegt der Absichtsanfechtung.

OGH 10. 4. 1991, 1 Ob 541/91

Aus den Entscheidungsgründen:


Das Ersatzericht wies dieses Klagebegehren ab. Es stelle fest, die Gemeinschuldnerin sei seit jeher mit bloß unzureichendem Eigenkapital ausgestattet und schon 1987, jedenfalls aber seit dem 20. 10. 1987 ständig hoch über- schuldet und außerstande gewesen, ihre hohen und teil-